

Notizen von der Querfront

(Oktober ` 26)

7. Oktober (I)

Der 7. Oktober ist ein düsteres Datum. An einem solchen Tag im Sternzeichen der Waage wurden Völkermörder wie Heinrich Himmler (1900) und Wladimir Putin (1952) geboren. Des Totalitären nicht genug - wurden an einem 7. Oktober auch der SED-Staat DDR (1949) gegründet, und die palästinensische Terror-Organisation Hamas beging vor drei Jahren an diesem Tag ihr Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung.

Gleichsam als Geschenk im Vorfeld zu Wladimir Putins Geburtstag ließ Sahra Wagenknecht im Magdeburger Landtag liefern - das erste erfolgreiche Querfront-Bündnis in Deutschland! Ihre Kader-Combo verhalf der AfD zum ersten Landtagspräsidenten und wohl auch zu einem Landtagsvizepräsidenten, auch wenn sie Letzteres noch abzustreiten versucht. Gleichzeitig verhinderte die neue Querfront-Mehrheit im Landtag die Wahl eines Sozialdemokraten zum dritten Stellvertreter.

Man muss wohl davon ausgehen, dass der vakante Posten im Landtagspräsidium bei späterer Gelegenheit mit einem BSW-Vertreter besetzt werden soll, was sich zu Beginn der Legislaturperiode wohl noch nicht schickte, da ein dafür vorgesehener Vertreter ein absoluter parlamentarischer Neuling gewesen wäre. Aber zumindest steht jetzt schon fest, dass die Querfront das Landtagspräsidium von

Sachsen-Anhalt kapern konnte. Nachdem der Jubel am Wahlabend über das vermeintliche „Comeback“ ihrer Kaderpartei in Berlin und Schwerin rasch wieder verklungen war, durfte die oberste Wächterrätin den Parteien der Mitte, dem Westen und der Ukraine doch noch den berüchtigten Finger hinhalten.

7. Oktober (II)

Einer, der am 7. Oktober Putins Geburtstag voller Bewunderung zu begehen pflegt, ist der neue Landtagsvizepräsident von Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider. Er gilt seit geraumer Zeit als einer der willfährigsten AfD-Ranschmeißer im Kreml. Dieser brachte auch von seinen Besuchen in Moskau, Kaliningrad und in den besetzten Gebieten des Donbass den Wunsch mit nach Hause, seine Partei möge sich mit dem BSW zusammentun – ungeachtet aller sonstigen ideologischen Differenzen.

Inzwischen ist jedoch Tillschneider als rechtsextremistische Fanatiker gegen eine „anti-deutsche“ Kultur in Erscheinung getreten, so dass sich BSW-Senior Lafontaine genötigt sah, von der Saar aus herumzupoltern, Wahlsieger Siegmund möge Tillschneider aus dem Verkehr ziehen. Wochenlang hatten dessen Kreuzzugspläne für Furore gesorgt, als künftiger Kultusminister das Bauhaus in Dessau („Irrtum der Moderne“) wie auch Förderprogramme, Spielpläne in Theatern, Museumspläne oder Alternativprojekte auf die Kahlschlagliste einer „anti“- oder „undeutschen Kultur“ setzen zu wollen. So sah sich die AfD gezwungen,

ihren Russland-Emissär mit dem Parlamentsposten statt einem völkisch angedachten Kultursäuberungsamt zu betrauen, um sich auf diese Weise doch noch in geheimer Abstimmung die Zustimmung des BSW für Tillschneider zu sichern. Dabei hatten die Wagenknechte das unverdiente Glück, ihr stilles Ja für diese schräge Type, die sie einst auf der Kommunistischen Plattform wohl noch als „astreinen Fascho“ stigmatisiert hätten, hinter der Erosion der Unionsfraktion kaschieren zu können.

Doch über allem steht die gemeinsame Treue zum Völkermörder Putin und der Hass auf den Westen. Dahinter haben alle strittigen Themen – etwa Remigrationspläne, Zensuroffensiven im Kulturbereich oder Disruptionsphantasien in der Sozialpolitik zurückzustehen.

Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, dass die neuen Bündnispartner als erstes einen gemeinsamen Eilantrag für eine Sondersitzung des Landtags einbrachten, um „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine“ zu forcieren. Damit soll die Beendigung der angeblich gescheiterten Sanktionspolitik gegen Russland wie der finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine vorangebracht, und das Verhältnis zu Russland - ungeachtet ihres Vernichtungskrieges und der Schuldfrage - wieder „normalisiert“ werden. Der gescheiterte Noch-Ministerpräsident von der CDU wird nunmehr genötigt, den Eilantrag nach seiner parlamentarischen Verabschiedung im Bundesrat einzubringen, was Schulze wiederum als „ungeheuerlich“ empfindet, „für diesen Schaukampf parlamentarische Ressourcen zu binden und Sitzungskosten

aus Steuermitteln zu zahlen.“ Der CDU-Abgeordnete Ruhland warf der pro-russischen Querfront vor, für die Kapitulation der Ukraine unterwegs zu sein. Moskau verweigere einen Waffenstillstand und werde dafür mit der Entwaffnung des Gegners belohnt. Sahra Wagenknecht nennt dies schwärmerisch den „Magdeburger Weg“.

7. Oktober (III)

Für die skrupellose Co-Fraktionsvorsitzende des BSW, Claudia Wittig, gab es als pro-palästinensische Aktivistin am 7. Oktober neben dem geglückten Querfront-Start und Putins Geburtstag noch ein weiteres Datum zu feiern, den dritten Jahrestag des Hamas-„Notwehraktes“(!), will sagen: das Massaker gegen israelische Zivilisten. Sie organisierte Veranstaltungen zum sogenannten „Völkermord im Gaza“, trug im Wahlkampf 2026 demonstrativ die Anstecknadel mit einem Wassermelonen-Motiv der pro-palästinensischen Bewegung und machte die angestrebte „Überparteilichkeit“ eines künftigen Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt von dessen Gegnerschaft zu „zionistischen Projekten“ abhängig. So müsse er die Ansiedlung des israelischen Rüstungskonzerns *Elbit* in Sangerhausen verhindern.

Wittig verspürte wohl auch noch Schmetterlinge, als sie in Magdeburg nach der partnerschaftlichen Konstituierung des Landtags zusammen mit den jubilierenden AfD-Führern zum feucht-fröhlichen Empfang des TV-Studios der rechtsextremen Zeitschrift „Compact“ eingeladen wurde,

also jenem putinesken Publikationsorgan, das Innenministerin Nancy Faeser 2024 vergeblich zu verbieten versucht hatte.

Diese öffentlich ausgetragene Kumpanei mit ihren Prösterchen geht einigen Parteifreunden denn doch zu weit. Wagenknecht höchstpersönlich meldete sich mit einer scharfen Rüge aus dem VAR-Keller an der Saarschleife, und Parteichef Di Masio musste klarstellen, dass sein Bündnis keine „privilegierte Partnerschaft“ mit den Herren Siegmund und Tillschneider anstrebe. Auch wenn er zusammen mit der AfD – *horribile dictu* - den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „reformieren“ möchte, teile er nicht deren „Geschichtsrevisionismus“, das „völkische Gedankengut“ und die „Abwertung von Menschen mit Behinderung“.

Selbst dem bayerischen Gewerkschaftsschwadronneur Klaus Ernst, einst SPD-Abspalter im sektiererischen Umfeld Lafontaines, ist nicht wohl dabei, wenn in Sachsen-Anhalt eine Querfront mit Rechtsextremisten im Entstehen ist.

Ebenso schlug Johannes Varwick, Mitglied der Grundwertekommission des BSW, Alarm: „Ich distanziere mich von deren abstoßendem Gemeinmachen des BSW in Sachsen-Anhalt und erwarte von der Bundespartei eine Kursdebatte und Korrektur.“ Doch der Politikprofessor musste sich daraufhin schon von Siegmunds Partnerin Wittig maßregeln lassen, er sei kein Parteimitglied, sondern nur wissenschaftlicher Berater des BSW und habe sich aus den Angelegenheiten des Bündnisses in Sachsen-Anhalt rauszuhalten.

7. Oktober (IV)

Putin-Amigo Schröder hielt sich an jenem Geburtstag seines Busenfreundes in Moskau auf. In einem Supermarkt der Kette Hyperglobus wurde er zunächst gesichtet, kurz nachdem er in dessen Aufsichtsrat berufen worden war.

Merke dazu: Je länger sein Freund den Krieg gegen die Ukraine eskalieren lässt, scheint der Ex-Kanzler geneigt zu sein, seine Tätigkeiten in Moskau nicht etwa einzudampfen, sondern noch auszudehnen. Das Recht dazu glaubt er von seiner Partei erhalten zu haben, die ihm vor einiger Zeit auf der Feier für seine 60jährige Parteimitgliedschaft sein Moskauer Billiggasengagement als Verlängerung von Willy Brandts Entspannungspolitik abkauften und sich dabei – nebenbei bemerkt - moralisch auf die schiefe Ebene von Trumps Policy des Dealens begaben.

Danach veröffentlichte Peskow im Kreml das decouvrirende Foto von Putin und Schröder, froh vereint und ganz privat. Eine „Schande für Deutschland“ wird sich allerorten empört. Erneut versucht ein SPD-Landesbezirk, dieses Mal der in der bayerischen Diaspora der Oberpfalz, ein Parteiordnungsverfahren anzustrengen. Doch was wäre mit einem Rauswurf für eine dahinsiechende Partei gewonnen, die ihren moralischen Kompass auch und gerade wegen ihrer „Russland-Macke“ längst verloren hat? Nur die Baku-Fahrer um Stegner und Platzeck oder die Anhänger Mützenichs wittern noch immer hinter jeder menschlich

anmutenden Regung des Tyrannen einen Anflug von friedensdiplomatischer Gesprächsbereitschaft.